

**Niederschrift über die  
Sitzung des Kreistags am 16.12.2019**

Ort: in der Barbara-Künkelin-Halle, Künkelinstraße 33 in 73614 Schorndorf

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Dr. Sigel

88 Kreisrätinnen und Kreisräte:

Entschuldigt: Häuser (Freie Wähler)

Thiel (AfD)

Köngeter (DIE LINKE)

Ferner: Erster Landesbeamter Dr. Zaar

Finanzdezernent Schäfer

Verkehrsdezernent Hein

Dezernent Holzwarth

Sozialdezernentin Böhm

Leitende Beamte und Beschäftigte

Gäste

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung 15:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung 17:35 Uhr

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 2

Öffentlich

## § 1

### Besetzung der Stelle Leiter/in des Kreissozialamtes

#### Drucksache 2019/181/1

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2019/181/1 und erläutert diese zusammenfassend.

Der Bewerber Rudolf Leonhard stellt sich dem Kreistag vor.

Für die Zählkommission werden die Kreisräte/innen Mößner (CDU), Ulrich (Freie Wähler), Schwarz (GRÜNE), Möhrle (SPD), Oettinger (FDP-FW) und Kral (AfD) benannt.

Die geheime Wahl ergibt folgendes Ergebnis:

1. Zahl der anwesenden Stimmberechtigten:	88
2. Zahl der abgegebenen Stimmzettel:	88

Von den abgegebenen Stimmen entfallen auf

Rudolf Leonhardt	80
Stimmzettel ohne Stimmabgaben bzw. ungültige Stimmzettel:	8

Mit der Wahl beschließt der Kreistag:

Der Bewerber Rudolf Leonhardt wird zum Leiter des Kreissozialamts gewählt.

#### Auszüge:

Haupt- und Personalamt

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 3

Öffentlich

## § 2

Gesamtimmobilienkonzeption der Kreisverwaltung am Standort Waiblingen - Finanzierung Röstestraße

Drucksache 2019/161

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und erläutert diese zusammenfassend.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung des Verwaltungsgebäudes in der Röstestraße im Kreishaushalt über Förderdarlehen der KfW und/ bzw. der L-Bank abzubilden und die Rücklage des ordentlichen Ergebnisses mit rund 16 Mio. Euro aufzulösen und die freiwerdenden liquiden Mittel als Eigenfinanzierungsmittel für andere Investitionen zu nutzen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die für die Finanzierung im Jahr 2019 noch benötigten Mittel im Rahmen der Deckungsfähigkeit nicht benötigte Haushaltsmittel sowie nicht benötigte Kreditplanansätze zu verwenden.

Auszüge:

Amt für Beteiligungen und Immobilien

Amt für Finanzen

**§ 3**Verabschiedung des Haushalts 2020Drucksache 2019/035

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache und legt einleitend dar:

„Wenn ich ein Resümee zu den Haushaltsberatungen ziehen darf, dann möchte ich zum einen Dank sagen, für die guten und sehr konstruktiven Haushaltsberatungen. Wir sind ja in einer neuen Zusammensetzung in einem neuen Kreistag und da ist es natürlich immer besonders spannend - nicht immer in allen Punkten einig und durchaus auch intensive Diskussionen, gerade was die Finanzierungsleitlinie angeht. Wir haben von unserer Seite versucht unserem Grundsatz treu zu bleiben und von Anfang an die Planung sehr transparent zu machen. Dieses Jahr haben wir auch im Vorbericht unsere Ziele deutlicher gemacht, wo die strategische Planung hingeht, auch für Sie hier Verlässlichkeit und Nachvollziehbarkeit zu schaffen. Nicht ganz einfach war es deshalb, weil die Finanzverhandlungen in der gemeinsamen Finanzkommission des Landes parallel dazu liefen und parallel dazu gescheitert schienen. Das ist dann doch nochmals etwas sehr Erfreuliches gewesen, dass hier Land und die kommunale Familie wieder an den Tisch gefunden haben. In den zwei zentralen Punkten beim Thema Bundesteilhabegesetz - wie gehen wir mit den Risiken, die in diesem Thema stecken um und wie mit der Konnexität - und wie gehen wir mit der Frage der Erstattung der Flüchtlingskosten um. Hier war für uns vor allem wichtig, dass wir hier eine dauerhafte Sicherheit und Verlässlichkeit haben. Dass wir nicht nur auf Zusagen angewiesen sind, sondern dass man hier Vereinbarungen abschließt. Wir haben jetzt sogar bei beiden Punkten die Aussicht, dass hier eine gesetzliche Regelung 'gegossen' wird. Das hat allerdings auch dazu geführt, dass wir zwei bis drei Mal nachsteuern mussten, um Sie tagesaktuell zu halten und am Ende dann beim heutigen Vorschlag der Kreisumlage von 32,1 %-Punkten angekommen sind, gleichzeitig auch mit dem Vorschlag der Finanzierungsleitlinie und bei vielen weiteren Punkten, die wir bei den Anträgen diskutiert haben. Wir konnten nicht alle Impulse, die sie eingebracht haben in der Kürze die solche Haushaltberatungen bieten, vollkommen zu Ende diskutieren. Insbesondere das Thema Wohnen sowie Wohnraum für Pflegekräfte und auch, wie es mit unseren Rems-Murr-Kliniken sowie anderen grundsätzlichen Themen weitergeht. Aber dafür haben wir uns, wie in den Ausschüssen verständ-

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 5

Öffentlich

digt, im März zeitgenommen, um diese Themen dann in einer gemeinsamen Klausur aufzuarbeiten. Ich werde Ihnen nachher auch noch den aktuellen Stand der Tagesordnung hierzu an die Wand werfen. So viel von meiner Seite - ich würde mich freuen und hoffe, dass wir heute noch einen guten Abschluss finden, den Haushalt noch kurz vor Weihnachten in Richtung Genehmigungsbehörde Regierungspräsidium auf den Weg bringen.“

#### Stellungnahmen der Fraktionen zur Verabschiedung des Haushaltes 2020

Kreisrat Sczuka führt für die **CDU-Fraktion** aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel, werte Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreistag, liebe Leute aus dem Einführungslehrgang, liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Vertreter der Presse

Zunächst herzlichen Glückwunsch an den neuen Leiter des Kreissozialamtes Herrn Leonhardt, auch von unserer Fraktion.

Es ist schön und gut, in der Vorweihnachtszeit in trauter Übereinstimmung einen Rekordhaushalt zu verabschieden, wovon ich nach den eingehenden Vordiskussionen ausgehe und vor allem deshalb, weil Herr Landrat Dr. Sigel mit seiner Verwaltung sehr transparent die Kommunikation pflegt und auch bereit ist, von sich aus Abweichungen vorzunehmen, sobald Veränderungen eintreten. Und Herr Landrat: ein oder zwei Mal nachsteuern macht uns nichts aus, Sie hätten auch noch drei oder viermal nachsteuern können.

Auch die CDU-Kreistagsfraktion ist deshalb bereit, entsprechend zu reagieren und signalisiert deshalb, dem erneuten Vorschlag den Hebesatz für die Kreisumlage auf 32,1 v.H. festzusetzen, mitzutragen. Dank an dieser Stelle auch dem unermüdlichen Einsatz aller, die letztlich zur Einigung zu den bei der Beratung des Haushalts noch strittigen Punkten zwischen dem Land und der kommunalen Seite beigetragen haben.

Die Einigung fand am 10.12.19 statt und betrifft unter anderem das

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 6

Öffentlich

#### Bundesteilhabegesetz (BTHG):

In den Jahren 2020 und 2021 werden hier pro Jahr ca. 50 Millionen Euro Baden-Württembergweit zur Verfügung gestellt. Es wird eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen Land und Kommunalen Trägern geschlossen, wodurch das Risiko gleich null ist. Insofern können wir hier wirklich froh sein.

#### Flüchtlingskosten:

Auch bei der Finanzierung der sog. Flüchtlingskosten, die auf Kreisebene insbesondere für den Personenkreis der geduldeten Personen aufzuwenden sind, wird sich das Land in den Jahren 2020/2021 mit jeweils 170 Mio. Euro an den Aufwendungen der Stadt- und Landkreise beteiligen.

Damit sind große Unsicherheitsfaktoren beseitigt und im Konsens mit dem Land gelöst.

Die CDU-Kreistagsfraktion trägt die in den Ausschüssen jeweils auch von der Verwaltung vorgeschlagenen und dann erfolgten Beschlüsse vollumfänglich mit.

#### Verkehr/ÖPNV

Nach der großen Tarifreform in diesem Jahr mit einer Summe von 42 Mio. Euro für die Verbundlandkreise ist es richtig, nicht nur von Tarifsenkungen oder dem Absehen von notwendigen Tarifsteigerungen zu sprechen, sondern es ist wichtig, verkehrliche Verbesserungen vorzunehmen. Die sich jährlich aufsummierenden Beträge bei einem Verzicht auf Tarifsteigerungen sind besser investiert in nachhaltige Verbesserungen im ÖPNV-Bereich, wie der Anschaffung von neuen S-Bahnen, die Einführung des 15-Minuten-Takts auf der S-Bahn und dem ETCS-System in Weichenbereich des S-Bahn-Netzes. All dies wird weitere Belastungen für den Haushalt des Rems-Murr-Kreises bedeuten, sei es bei der Wieslauffalbahn oder das Zubringersystem im Busverkehr, für die der Landkreis originär zuständig ist. Reden wir den ÖPNV nicht immer schlecht, wir haben hier ein insgesamt gesehen ein sehr gutes System. Der Verzicht auf Tarifsteigerung ohne die dauerhafte Mitfinanzierung des Landes wäre falsch und dauerhaft nicht bezahlbar gewesen.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 7

Öffentlich

Das Land könnte hier einen weiteren Anreiz schaffen, in dem das Landesreisekostengesetz geändert wird und auch andere Verkehrs- oder Fortbewegungsmittel, wie Fahrrad oder zu Fuß entsprechend berücksichtigt werden. Einen Alleingang zu Gunsten von nur Mandatsträgern halten wir nicht für gut und wäre ein falsches Signal. Hier ist der Landesgesetzgeber gefordert.

### Bezahlbarer Wohnraum

Der Rems-Murr-Kreis engagiert sich hier. Für eine Aufgabe, deren Lösung nur im Schulterschluss mit allen am Wohnungsmarkt Beteiligten gelingt. 500 Wohnungen mehr in 10 Jahren ist ein enormer Kraftakt. Willkürlich nun diese Zahl zu erhöhen wäre Augenwischerei und auch nicht darstellbar. 500 Wohnungen bedeutet relativ einfach und verkürzt gerechnet 500 mal 50 qm mal Euro 5.000,00 Euro eine Summe 125 Millionen Euro – dieser Betrag ist eher zu niedrig kalkuliert, wenn man sich auf dem Wohnungsmarkt umschaut.

Wir sind mit unserem abgestimmten Konzept gut unterwegs und leisten damit unseren Beitrag als Rems-Murr-Kreis.

Wir haben im Kreis andere wichtige Aufgaben genauso zu stemmen. Bei der Umsetzung des Gesamtimmobilienkonzepts am Standort Waiblingen ist es absolut richtig, den Bau des Verwaltungsgebäudes an der Rötestraße über den Kreishaushalt abzuwickeln.

### Kliniken

Beim Betrieb der Rems-Murr-Kliniken und der Weiterentwicklung der beiden Standorte sind wir in Zusammenarbeit mit Kreisverwaltung, Klinikverwaltung und Land auf einem sehr guten Weg.

### Finanzen

Auch bei der Erstellung der Finanzierungsleitlinie ist die CDU-Kreistagsfraktion froh über die Einbindung der Beteiligten und die Aufnahme der Anregungen der CDU aus der Sitzung des VSKA. Zwar könnte man immer noch aus Sicht der CDU auf die Stufe 1 verzichten, die Zusage von Herrn

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 8

Öffentlich

Landrat Dr. Sigel, dass mit der ersten Stufe der Finanzierungsleitlinie nicht beabsichtigt war oder ist, stets eine vollständige Schuldentilgung des Landkreises im Sinne eines 'unberechtigten Vorwegabzugs' zu ermöglichen, sondern dass auch die Städte und Gemeinden von den verbesserten Rechnungsergebnissen profitieren. Es geht dem Landkreis darum, eine gewisse 'Sondertilgung' bei guten Rechnungsergebnissen sicherzustellen und die Finanzierungsleitlinie wurde angepasst.

Wir freuen uns nun über den in den Ausschüssen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entsprechend abgestimmten Haushaltsentwurf, den wir mit den bis heute gefassten Änderungen und dem Hebesatz von 32,1 v.H. gerne mittragen werden.

Wir danken allen bei den konstruktiven Diskussionen in den Ausschüssen und vor allem Ihnen, Herr Landrat Dr. Sigel, für die sofortige Einarbeitung von Vorschlägen und mitgeteilten Verbesserungen.“

Kreisrat Friedrich erklärt die **Fraktion der Freien Wähler**:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,  
sehr geehrter Herr Finanzdezernent Schäfer,  
werte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,  
verehrte Zuhörer und Gäste,

exakt vier Wochen sind seit der letzten Kreistagssitzung und damit seit den Haushaltsreden durch die Kreistagsfraktionen und -gruppen vergangen. Vier Wochen, in denen sich verschiedene Änderungen ergeben haben.

Beginnen möchte ich mit den **Tarifverhandlungen im VVS**. Hier danken wir unserem Landrat für die zwar wenig populäre, aber dennoch richtige Entscheidung zum Verzicht auf eine weitere Nullrunde für alle Fahrgäste. Wie Sie zutreffend ausgeführt haben, sollten 'wir langfristig denken und uns nicht mit Blick auf die notwendigen Investitionen und Verkehrsverbesserungen mit zu hohen



jährlichen finanziellen Verbindlichkeiten belasten.' Durch eine dauerhafte Finanzierung des Landes ist nur durch ein Gesetz einigermaßen gesichert.

Die wachswenige Zusage des Verkehrsministers hätte jederzeit wieder kassiert werden können. Sie war und ist keine dauerhafte verlässliche Mitfinanzierung. Aus Stuttgart wurde – politisch motiviert – Druck aufgebaut, damit es gelingt, eine weitere Nullrunde zu fahren. Wir sind auch nicht der Meinung, dass weitere Nullrunden uns im VVS weiterbringen, weil damit immer größere Finanzierungslasten einseitig auf die Kreise verlagert würden. Das wollen wir auch deshalb nicht, weil wir im Kreis zahlreiche Aufgaben haben und viele Notwendigkeiten anstehen.

Meine Damen und Herren,

fast wie ein vorgezogenes Weihnachtsgeschenk war hingegen auf den ersten Blick das vergangene **Rechnungsergebnis**. Wieder einmal haben wir mit einem Überschuss von rund 25 Millionen Euro inklusive aller Abschreibungen das letzte Haushaltsjahr abgeschlossen. Schon zum dritten Mal in Folge beträgt das Plus fast 20 Millionen Euro oder mehr.

Zur Wahrheit gehört aber auch dazu, dass die Ergebnisverbesserungen in den vergangenen Jahren nur teilweise durch eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung entstanden sind. Mit unserem Antrag aus dem Jahr 2017 zur Einführung von **Finanzierungsleitlinien** möchten wir sicherstellen, dass nicht im Entferntesten der Eindruck entstehen kann, dass durch überzogene Ansätze im Rahmen der Haushaltsplanung Jahr für Jahr deutlich zu hohe Kreisumlagehebesätze beschlossen werden.

Wir haben die **Beratungen des Landkreises mit den Städten und Gemeinden** als sehr konstruktiv empfunden. Auch wenn wir mit dem Ergebnis des Verwaltungsvorschlags nicht zu 100 % einverstanden sind und uns durchaus alternativ ein **Zwei-Stufen-Modell ohne Vorwegabzug** hätten vorstellen können, so anerkennen wir doch die Intention der Transparenz und des gelebten guten Miteinanders der Kreisverwaltung. Wir sind der Meinung, dass die Entwicklung in die richtige Richtung geht.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 10

Öffentlich

Positiv hervorzuheben ist darüber hinaus, dass es mit den Finanzierungsleitlinien ein gemeinsames Ziel wird, das **jährliche Klinikdefizit** auf 5 bis 10 Millionen Euro zu begrenzen, nachdem die Schließung der Kliniken ja u.a. auch deswegen betrieben wurde, um das Defizit von 10 Millionen Euro zu beseitigen. Bislang lagen wir hier bei durchschnittlich mehr als dem Doppelten.

Der **Durchbruch bei den Finanzverhandlungen** der kommunalen Spitzenverbände mit dem Land hat für den Rems-Murr-Kreis die finanziellen Spielräume erweitert. So führen die Gesamtveränderungen im Ergebnishaushalt zum Haushaltsplanentwurf bei einem bisher vorgeschlagenen Kreisumlagehebesatz von 32,3 % nochmals zu 1,2 Millionen Euro an Verbesserungen. Das **ordentliche Ergebnis** beträgt bei einem Kreisumlagehebesatz von 32,1 % **+341.100 Euro inklusive aller Abschreibungen**. Zusätzlich ist hierbei ein Risikopuffer zum Pflegepersonalstärkungsgesetz mit 2,9 Millionen Euro bereits enthalten.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 11

Öffentlich

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,

wir Freien Wähler sind uns sehr sicher, dass dieser Haushalt mit seinen Ansätzen wieder so konservativ geplant wurde, dass im Zuge der Jahresrechnung abermals erhebliche Überschüsse zu erwarten sind. Allein schon deshalb, weil niemals alle veranschlagten Mittel abfließen werden. Diese **Überschüsse sollten wir unbedingt im ordentlichen Ergebnis belassen und nicht ins Basiskapital umbuchen**. Wir halten diese Entscheidung des VSKA weiterhin für das richtige Signal.

Vor dem Hintergrund des sehr offenen, transparenten und fairen Miteinanders im Zuge der Haushaltseinbringung tragen wir allerdings den Verwaltungsvorschlag zur **Kreisumlage** als Zeichen unserer Anerkennung für Ihre Bemühungen mit. Es wäre aus unserer Sicht zu begrüßen, wenn sich möglichst alle Fraktionen gemeinschaftlich dem modifizierten Vorschlag des Landrats i.H.v. 32,1 %-Punkten Kreisumlage ohne großes Gefeißche anschließen würden. Denn für Abweichungen nach oben gibt es überhaupt keine Notwendigkeiten und es wäre schlicht und ergreifend das falsche Signal, hier die Kommunen über Gebühr zu belasten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

abschließend darf ich mich im Namen der Freien Wähler bei dem gesamten Team der Landkreisverwaltung, insbesondere bei unserem Landrat, der Kreiskämmerei um Herrn Schäfer, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreishauses und seiner Behörden sowie der kreiseigenen Gesellschaften herzlich bedanken und Ihnen bereits heute gute Erholung in den anstehenden Feiertagen im Kreise von Freunden und der Familie wünschen. Sie können dies angesichts der gemeinsam vor uns liegenden Aufgaben sicher gut gebrauchen.

Die Freien Wähler stimmen dem vorgelegten Planwerk mit einem Kreisumlagenhebesatz i.H.v. 32,1% zu.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!“

Kreisrätin Besa führt für die **Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen** aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste,

schneller, größer, höher, weiter, besser – all das treibt uns Menschen Tag für Tag an, und lässt uns kaum zur Ruhe kommen. Jetzt vor Weihnachten ist wieder die Zeit, in der wir zurückblicken und vorausschauen. Jeder Mensch für sich, und auch die unterschiedlichsten Gremien – wie wir als Kreistag. Worin sind wir besonders gut und was zeichnet uns aus? Wir haben:

- ein kreiseigenes Klinikum mit zwei Standorten
- ein kreiseigenes Investitionsprogramm für bezahlbaren Wohnraum, die Kreisbaugruppe baut sogar Kindergärten
- einen Wohnbaugipfel mit über 200 Akteuren
- ein Radwegekonzept,
- einen Kreisstraßenmaßnahmenplan
- ein Klimaschutzprogramm
- und, auch wenn es darum geht die Digitalisierung voran zu bringen, sind wir als Rems-Murr-Kreis ganz vorne mit dabei.

Bei einem Blick in den Stellenplan wird deutlich, dass all diese Dinge nicht einfach mal aus dem Ärmel geschüttelt werden. Hierfür braucht es helle Köpfe und eine Menge Arbeit von engagierten Menschen. Gleichzeitig müssen uns aber auch bemühen, unsere Mitarbeitenden zu halten. Die Stellenhebungen sind eine Option – aber wir müssen auch gute Arbeitsbedingungen bieten. Daher investiert der Kreis in den Neubau der Rötestraße, die Immobilienkonzeption und ein betriebliches Mobilitätsmanagement. Das ist gut investiertes Geld, weil jeder Euro wieder in den Kommunen bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommt.

2011 hat der Kreistag das Schuldenabbaukonzept beschlossen. Für den Kreis ein Erfolgsmodell. So konnten die Verbindlichkeiten bis heute um 65,5 Mio. Euro reduziert werden, so dass zum Jahresende 2019 der Schuldenstand bei nur noch 30,6 Mio. Euro steht. Das Ziel wurde erreicht. Aber

bei dem Bürgermeister\*innen und Oberbürgermeister\*innen hat doch dieser gewünschte Schuldenabbau, plötzlich für neue Begehrlichkeiten gesorgt.

Aber stehen denn die Kommunen schlecht da? Unserer Meinung nach nein. Die Steuerkraft ist in den letzten Jahren kräftig angestiegen. Und seit dem Regierungsantritt der Grünen im Land ist auch der Finanzausgleich zugunsten der Kommunen stetig gestiegen. 2019 erhalten die Kommunen etwa 6 Milliarden Euro mehr aus dem Finanzausgleich, als dies 2011 der Fall war. Ist das nicht sehr kommunalfreundlich?

Die bessere Finanzausstattung der Kommunen kommt neben steigender Steuereinnahmen auch über viele Direktfinanzierungen vom Land an die Kommunen. So gehen z.B. die Bundesmittel nach dem Gute-Kita-Gesetz nun auch in voller Höhe von 30 Millionen Euro in die Kommunen.

Für die Umsetzung des BTHG hatten wir vor 4 Wochen eine Finanzierungslücke von 3 Millionen Euro gesehen. Die kommunalen Landesverbände haben sich nun doch mit dem Land geeinigt. Für 2020 werden jetzt 65 Millionen Euro bereitgestellt und für 2021 noch einmal 61 Millionen Euro. Dies ist lt. Ihnen Herr Landrat Dr. Sigel, nun auskömmlich, die Lücke scheint geschlossen.

Im Sinne des Klimaschutzes und des Mobilitätsverhaltens der Bürger\*innen im Kreis haben wir uns vor 4 Wochen für eine Nullrunde beim VVS ausgesprochen. Gerade mal 0,1 Prozentpunkte Kreisumlage hätten die 700.000 Euro für den Rems-Murr-Kreis ausgemacht. Obwohl das Land mit nur 7% am Verkehrsverbund beteiligt ist, hat das Verkehrsministerium angeboten, die Nullrunde 2020 mit 33 % fort folgend für die ersten fünf Jahren zu finanzieren. Und danach eine dauerhafte Finanzierung mit 25% zugesagt. Eine überzeugende Begründung der Ablehnung der Verbundlandkreise gibt es für uns Grüne nicht. Nun hoffen wir, dass das zusätzliche Geld zumindest in sinnvolle Infrastrukturmaßnahmen umgesetzt wird.

Zur Haushaltsberatung gehören jedes Jahr die Zuschussanträge Dritter, denen die Ausschüsse weitgehend zugestimmt haben. Hier ergibt sich ein Mehrbedarf von 241.200 Euro. Dazu kommen die beschlossenen Anträge der Fraktionen in Höhe von 520.000 Euro,. Zusammen macht dies insgesamt ca. 0,1 Prozentpunkte bei der Kreisumlage aus.

Auf Antrag der Freien Wähler hat die Verwaltung nun die neue Finanzierungsleitlinie entworfen. Der Entwurf, wie er uns heute vorliegt, ist eine Entwicklung zwischen der Verwaltung und den Rathäusern, unter Beteiligungen der jeweiligen Kammereien. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmt dem vorliegenden Entwurf zu. Wir hoffen, dass damit der Vorwurf der Benachteiligung der Kommunen durch den Landkreis zukünftig vom Tisch ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir alle haben zu Beginn der Legislaturperiode hier in diesem Gremium unser Wort gegeben, zum Wohle des Kreises zu handeln.

Einseitige kommunale Interessen sind keine gute Entscheidungsgrundlage. Verantwortung bedeutet, das Ganze in den Blick zu nehmen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmt daher für die von der Verwaltung vorgeschlagene Kreisumlage von 32,1% und die Umbuchung der gut 19 Mio. Euro ins Basiskapital.

Demokratie ist zwar kein Wunschkonzert, aber die Vorweihnachtszeit ist die Zeit der Wünsche. Liebe Kolleg\*innen, ich wünsche mir für einen starken Kreis eine starke und überfraktionelle Mehrheit für die Vorschläge der Verwaltung! Zum Teil scheint das ja im Moment absehbar zu sein.

Denn sie sind eine solide und verlässliche Basis auch 2020 ein erfolgreiches Jahr für den Rems-Murr-Kreis werden zu lassen!

Im Namen meiner Fraktion wünsche ich Ihnen eine friedliche Weihnachtszeit und freue mich auf eine weitere konstruktive Zusammenarbeit mit Ihnen im neuen Jahr!

Vielen Dank!“

Kreisrat Riedel nimmt für die **SPD-Fraktion** wie folgt Stellung:

„Der Haushalt 2020 wird heute mit einer breiten Mehrheit beschlossen und die Kreisumlage auf 32,1% gesenkt. Eigentlich eine gute Nachricht. Doch für die SPD-Fraktion ist dies noch nicht alles, denn es warten wichtige Aufgaben auf eine Lösung. Vier davon möchte ich noch einmal heute ansprechen:

1. Bezahlbarer Wohnraum: Mit unserem Antrag, einen zweiten

Wohnbaugipfel durchzuführen, wollen wir endlich eine Bilanz und eine klare Konzeption für die nächsten Jahre. Der Kreis muss zusammen mit den Kommunen - denn dort sind die Grundstücke zu finden - konkrete Wohnbauprojekte gestalten und umsetzen.

2. Pflegegipfel: Auch mit diesem Antrag wollen wir mit allen Betroffenen und Beteiligten konkrete Maßnahmen für den Kreis besprechen, gestalten und auch umsetzen.
3. Klimawandel: Natürlich können wir den Klimawandel nicht allein hier im Kreis lösen, aufhalten. Doch wir können einen wirksamen Mosaikstein beitragen. Mit einer konzeptionell durchdachten Verkehrswende kann uns ein wichtiger Baustein gelingen. Dazu gehören: Tempolimit auf unseren Bundesstraßen, klare Konzepte für einen raschen Umstieg auf den ÖPNV, bezahlbare Tarife, ein transparentes Tarifsystem, pünktliche Bus- und Bahnverbindungen, behindertengerechte Ein- und Ausstiege. man könnte noch einige Themen mehr hier ganz sicher nennen. Der Beschluss, die Tarife nun wieder zu erhöhen, und das fehlende Konzept für ein 365Euro-Ticket wird uns schneller einholen als gedacht. Mit dem Vorhaben des Stuttgarter Gemeinderates, ab September 2020 ein 365Euro- bitte hören sie genau zu, ein Ticket für Schüler, Studenten und Azubis einzuführen, werden die Verbundlandkreise abgehängt einfach abgehängt und es entsteht ein VVS-System mit zwei Klassen. Das kann doch nicht wahr sein, liebe Kollegen und Kolleginnen. Ein völlig absurdes Ergebnis  
als o. Wir fordern deshalb, dass sich unser Landkreis umgehend der Initiative des Landkreises Esslingen anschließt und sich beim Bund mit für den Modellversuch für die stufenweise Einführung eines 365Euro -Ticket s bewirbt. Hinzu muss eine konsequente Energiewende mit deutlich mehr regenerativen Energien kommen. Also mehr Fotovoltaik, mehr Windkraft und mehr alternative Wärmesysteme.
4. Öffentliche Verwaltung, Dienstleistungen und Wirtschaftsunternehmen werden schneller als gedacht die Digitalisierung angebunden werden und ihrer Arbeitsprozesse umstellen müssen. Dies stellt an unser Bildungssystem große Herausforderungen. Wir sind deshalb dafür das Berufliche Bildung System, Bildung Schulwesen in unserem Kreis dafür sind wir ja verantwortlich weiter auszubauen und auf diese Digitalisierung vorzubereiten dazu haben wir auch zum Beispiel alternative Energien betrifft einen

Modellantrag an einer dieser Kreis Berufsschul- Zentren vorgeschlagen. die nächsten Generationen müssen auf diesen Wandel vorbereitet werden ausbilden.

Unsere Schwerpunkte für diese Legislatur sind damit klar definiert: klimaverträgliche Mobilität, mehr regenerative Energien, menschenwürdige Pflege, mehr bezahlbarer Wohnraum in öffentlicher Hand, eine umweltverträgliche Wirtschaft mit guter beruflicher Ausbildung.

Am Jahresende bedanken wir uns bei allen, die uns kritisch und mit guten Ratschlägen begleitet haben, bei Presse, Bürgerinnen und Bürgern und natürlich auch bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sowie bei der gesamten Verwaltung.

Wir freuen uns auf konstruktive und spannende - ruhig auch kontroverse - Diskussionen mit vielen guten Ergebnissen im neuen Jahr. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen frohe Weihnachtstage und einen guten Rutsch in ein neues Jahr mit hoffentlich mehr Frieden in dieser Welt.“

Kreisrat Lenk legt für die **FDP-FW-Fraktion** dar:

„Sehr geehrter Herr Landrat, lieber Herr Dr. Sigel,  
verehrter Finanzdezernent, lieber Herr Schäfer,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,  
verehrte Gäste und Zuhörer,

bereits in der HH-Rede am 18.11 habe ich dargelegt, dass unsere Fraktion deshalb für einen Kreisumlagehebesatz von 32,3 % plädiert, weil er darauf basierte, dass der Kreis in 2020 keinen Überschuss erzielt und die von mir und anderen Haushaltsrednern dargelegten erheblichen Risiken berücksichtigt werden. Schon damals sahen wir aber eine gewisse 'Luft nach unten', wenn sich noch Verbesserungen ergeben sollten.

Dies ist jetzt der Fall, nachdem am 10. Dezember mit dem Land doch noch ein Kompromiss erzielt werden konnte in den Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden. Bedauerlicherweise gab es zwar keine wesentlichen Verbesserungen für die Kommunen, die sich handfest Euro und



Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 17

Öffentlich

Cent niederschlagen, aber immerhin konnte nach Aussage unseres Landrats u.a. beim Bundesteilhabegesetz (BHTG) und den Flüchtlings-kosten erhebliche finanzielle Risiken der kommunalen Seite ausgeräumt und langfristig verlässliche Lösungen vereinbart werden. Das wiederum hat Sie Herr Dr. Sigel veranlasst, die seit der Einbringung des Haushalts dargelegten eingetretenen Verbesserungen 'freizugeben', um den Hebesatz nochmals um 2/10 auf jetzt 32,1 %-Punkte zu senken, was unsere FDP/FW- Fraktion einhellig begrüßt.

Wir freuen uns auch das heute die CDU, Die SPD und die Freien ihre abweichenden Anträge zurückgezogen haben und so wie es aussieht wir heute einen einheitlichen Hebesatz von 32,1% Punkten beschließen werden.

Dies hätte dann übrigens zur Folge, dass das aus der steigenden Steuerkraft der Kommunen resultierende Mehraufkommen in diesem Jahr zu rund 98 % bei den Kommunen verbleiben würden, während nur knapp 2 % vom Landkreis beansprucht werden, so dass sich meine Bewertung vom 18.11. erhärtet, dass der Landrat in diesem Jahr einen wirklich kommunal-freundlichen Haushalt vorgelegt hat.

Erfreulich ist weiter, dass bei der neuen Finanzierungsleitlinie des Kreises, die von unserer Fraktion beantragten 'Nachbesserungen' erfolgt sind und man sich mit den Städten und Kommunen darauf verständigen konnte, den 'Vorabzug von ggf. auftretenden Jahresüberschüssen' zur Vermeidung von Schulden beim Kreis ab sofort auf 5 Mio. Euro zu deckeln und die verbleibenden Restbeträge hälftig zwischen Kommunen und Kreis zu verteilen.

Besonders dankbar ist unsere Fraktion für das letzte von Frau Oberbürgermeisterin Zull und Herrn Bürgermeister Bernlöhr als Sprecher der Städte und Gemeinden an Rems und Murr unterzeichnete Schreiben, das vom Inhalt und vom Ton für mich wohlwollend deutlich macht, dass allen Beteiligten das von unserer Fraktion mehrfach angemahnte Miteinander von Kreis und Kommunen sehr wohl am Herzen liegt. Ich wiederhole es gerne nochmals: Der Kreis und seine Kommunen sitzen im ein und demselben Boot, das wir nur gemeinsam seetauglich halten können. Und nur wenn die Lasten in diesem Boot gleichmäßig verteilt sind, liegt es gut im Wasser, bleibt es vom Kentern verschont und kann sein Ziel gut erreichen.

Schon deshalb plädiert unsere Fraktion dafür, die im VSKA am 9. Dezember leidenschaftlich diskutierte Frage, ob denn ein Betrag von 19,2 Mio. Euro aus dem Überschuss des Jahres 2018 ins BasisKapital umgebucht werden soll oder in der 'Rücklage aus erzielten Jahresüberschüssen' stehen bleiben kann wir plädieren dafür diese Frage nicht höher zu hängen als notwendig. Egal wie wir bilanztechnisch vorgehen - so oder so wird der Kreis nicht einen Cent reicher oder ärmer. Die meisten in unserer Fraktion können mit beiden Lösungen leben, viel wichtiger ist es unserer Fraktion auch in dieser Frage nicht wieder in die alten Schützengräben Kreis gegen Kommunen zurückfallen, sondern auch hier möglichst eine einvernehmliche Lösung anstreben.

Wir bedanken uns abschließend für die konstruktiven und durchweg sachlichen Beratungen unserer Haushaltsanträge, die ganz überwiegend aufgegriffen, von der Verwaltung bearbeitet und in den zuständigen Ausschüssen behandelt werden sollen. Dankbar sind wir auch dafür, dass der Mogelpackung unseres grünen Verkehrsministers Herrmann, der eine Nullrunde beim VVS forderte, ohne dass das Land die Kosten dafür in voller Höhe übernimmt, zumindest mehrheitlich auch bei uns Einhalt geboten wurde.

Was den SPD Antrag zur Entfristung des Projektes Flügel angeht so hat unsere Sprecherin im Sozialausschuss Julia Goll bereits dort für diese Entfristung plädiert.

Lassen Sie mich gegen Ende meiner Ausführungen noch zwei Themen ansprechen, die uns in der Fraktion aktuell beschäftigen.

Zum einen geht es um die Entwicklung der Busverkehre im Rems-Murr-Kreis. Erfreulicherweise hat die Ausschreibung der Busbündel mehr Fahrleistungen bei niedrigeren Kosten ergeben. Wenn aber künftig höhere Kosten beispielsweise durch die geplante EU-Vorgabe der 'clean vehicle directive' entstehen, drohen den mittelständischen Busunternehmen immer höhere Kosten, die sie existenziell bedrohen. Hier erwarten wir, dass der Landkreis die Entwicklung genau beobachtet, gewähren doch gerade unsere Mittelständler die Qualität unserer Busverkehre.

Zum Zweiten sehen wir in der Millionen schweren Förderung der Wasserstoff-Tankstelle durch den Bund auf dem geplanten Daimler-Areal in Waiblingen eine Chance für unseren Landkreis, bei dieser Zukunftstechnologie ganz vorne mit dabei zu sein - eine Chance, die wir nutzen sollten.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 19

Öffentlich

Überhaupt ist es unserer FDP/FW-Fraktion wichtig, dass wir uns jetzt wieder verstärkt solchen und anderen wichtigen Zukunftsaufgaben unseres Landkreises wie dem Klimaschutz, der Digitalisierung, einer guten Bildung oder der Entwicklung von Konzepten angesichts des demographischen Wandels zuwenden. Es gibt noch viel zu tun - am besten schaffen wir es gemeinsam

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Kreisrat Malcher führt für die **AfD-Fraktion** aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,

geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung,

werte Kolleginnen und Kollegen Kreisräte, werte Bürgerinnen und Bürger und liebe Pressevertreter,

‘640 Kilobyte Speicher sollten für jedermann genug sein.’ sagte Bill Gates, Gründer von Microsoft

‘Wer zur Hölle will Schauspieler reden hören’

H.M. Warner, Warner Brothers

‘Das Reisen mit der Eisenbahn bei hohen Geschwindigkeiten ist nicht möglich, da Passagiere nicht in der Lage wären zu atmen und ersticken würden.’

Dionysius Lardner, irischer Physiker, Mathematiker und Enzyklopädist

‘Ihr habt mir meine Kindheit gestohlen’

Greta Thunberg, ‘Klimaaktivistin’

Viele – auch selbsternannte – Fachleute und Wissenschaftler in der Geschichte der Menschheit haben sich fatal getäuscht. Aber auch wenn zum Beispiel an der ‘97% aller Wissenschaftler’- These, die als Rammbock durch die Medien- und Parteienlandschaft geistert, etwas dran wäre: der Rems-Murr-Kreis wird das Weltklima nicht retten, schon gar nicht durch die Schaffung eines neuen Fuhrparks an Elektroautos und erst recht nicht mit unrealistischer Zielsetzung, wie zum Beispiel Klimaneutralität bis 2030. Dafür bürdet das unter dem Mantel des ausufernden Klimaschutzes versteckte Multimilliardengeschäft auch unserem Kreis Kosten auf, die zu erwirtschaften in Zeiten einer

beginnenden Rezession immer schwieriger werden. Klimaschutz – ja, aber nicht auf Kosten unserer Kernindustrie.

So wird man auch auf einen – eigentlich sinnvollen – Wohnbaugipfel eingeladen, nur um zu hören, dass es hier nicht wie angekündigt um die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum geht. Nein, man erfährt auf einer Podiumsdiskussion, dass die grüne Landesregierung die von 5.000 auf bereits 20.000 Bauvorschriften aufgeblähte Landesbauverordnung erweitert: um Verpflichtungen zur Installation von Anschlüssen für Elektroautos und -fahrräder, zur Installation von Photovoltaikanlagen auf allen Dächern (letzteres wohl eher zum Wohle des mit 630 Millionen Euro 'Entwicklungshilfe' und deutscher Technik zum Photovoltaik-Marktführer aufgestiegenen China). Dinge, die ein Bauvorhaben keineswegs bezahlbarer machen, im Gegenteil!

Wirklich dankbar sind wir, dass Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, unserem Antrag für Erhalt und Reparatur der Kreisstraßen mit einer Teilsumme von 250.000 Euro zugestimmt haben. Erschüttert sind wir, was die Lokalpresse daraus gemacht hat. Wir sind keineswegs dafür, alle Gelder für den Radwegebau dem Kreisstraßenbau und –erhalt zuzuführen. Wir merken, dass für den Radwegebau – den wir im Übrigen in Millionenhöhe mittragen – andere politische und mediale Spielregeln gelten und offensichtlich absoluter Vorrang besteht.

Als Mischung aus Klimahysterie und Fahrradhype kann man sicherlich auch die Installation von Lademöglichkeiten für und die Anschaffung von Pedelecs bezeichnen. Zwar bekommt der Kreis zu den Kosten von 277.000 Euro einen Zuschuss von 138.500 Euro dazu, aber auch das sind vom Bürger bezahlte Steuern. China steigt um auf das Auto, dafür steigt die Landkreisverwaltung um aufs Fahrrad, und damit auch niemand verschwitzt im Büro sitzen muss, bauen wir 2021 gleich für 333.000 Euro Umkleide- und Duschkmöglichkeiten dazu.

Dauerthema ist das Defizit der Rems-Murr-Kliniken. Den Sanierungskurs der Verwaltung tragen wir ja mit, aber solange das vom Kreis zu begleichende Millionendefizit noch zweistellig ist, plädieren wir für Zurückhaltung bei der Immobilienkonzeption am Verwaltungsstandort Waiblingen. Vor diesem Hintergrund, aber auch im Hinblick auf die derzeit hohen Baukosten, ist der Neubau des Verwaltungsgebäudes am Alten Postplatz ein sehr großes finanzielles Risiko. Auch wenn wir dem Bau in der Rötestraße zustimmend gegenüberstehen, ist für uns das Bauvorhaben am Alten Postplatz eine enorme Last, die wir im Moment nicht bereit sind mitzutragen.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 21

Öffentlich

Mit Bauchschmerzen betrachten wir auch die Entwicklung der Personalkosten. Eine Steigerung der Aufwendungen von über 40 Prozent in den letzten sieben Jahren würde jedem Firmenchef Sorgenfalten auf die Stirn treiben. Diese Steigerung ist nur zum Teil auf Tarifierhöhungen zurückzuführen, der große Teil resultiert aus Personalzuwächsen.

Mit der weiteren Reduzierung der Kreisumlage sind wir einig, das Entgegenkommen der Kreisverwaltung halten wir für seriös und nehmen dies dankend zur Kenntnis.

Lieber Herr Landrat Dr. Sigel, Sie selbst haben in Ihrer Haushaltsrede erklärt, dass die Konjunkturampel erstmals seit Jahren wieder auf 'rot' steht. Bitte denken Sie daran: rote Ampeln darf man nicht überfahren! In Anbetracht der Tatsache, dass wir viele, aber nicht alle Entscheidungen mittragen können, ist eine mehrheitliche Zustimmung in unserer Fraktion leider nicht möglich. Daher werden wir uns beim Haushaltsplan enthalten.

Wir wünschen Ihnen und allen die Ihnen wichtig sind besinnliche Feiertage und einen guten Rutsch. Dankeschön!"

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 22

Öffentlich

Kreisrat Bezler führt für die **Die LINKE/ÖDP** aus:

Lieber Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste,

Der Rems-Murr-Kreis steht - wie nie zuvor - vor großen ökologischen Herausforderungen. Glaubt man den aktuellen Aussagen der EU, so soll ein CO<sub>2</sub>-neutraler europäischer Kontinent entstehen. Die Auswirkungen werden alle Lebensbereiche betreffen: Die Arbeitswelt wird sich ändern und unser Lebensstil ebenso. Wir begrüßen ausdrücklich das Ziel der Kreisverwaltung, eine CO<sub>2</sub>-neutrale Bilanz in ein paar Jahren vorweisen zu können!

Die Umsetzung von Maßnahmen zur Erhöhung regionaler und biologisch angebaute Lebensmittel zeigt sich durchaus positiv. Dank an alle, die dies unterstützt haben.

Dieser Prozess muss weitergehen, denn je mehr Bio-Regio, desto besser für Mensch, Tier, Insekten und unser gesamtes Ökosystem.

Leider fehlt die notwendige Mehrheit im Kreistag für eine raschere Umsetzung notwendiger und kurzfristig umsetzbarer ökologischer Verbesserungen im Verkehr und bei der Stromerzeugung. Wir sind der Meinung, bereits viel zu viel Zeit verloren zu haben und so laufen wir dem großen Ziel, ein energieautarker Landkreis zu werden, weiter hinterher.

Prinzipiell ist zu begrüßen, dass in unserem Landkreis eine Wasserstofftankstelle zum Betrieb von Wasserstoff-Bussen entstehen soll.

Die Zählergemeinschaft DIE LINKE-ÖDP hatte im Jahr 2016 einen Haushaltsantrag 'Power to gas', eingebracht. Dabei geht es darum, mit Hilfe der Wasserstoffherzeugung den tagsüber überschüssigen Solarstrom in Wasserstoffkesseln oder durch eine nachfolgende Methanisierung zur Betankung von Erdgas-Fahrzeugen, als Wärmelieferant für Häuser und als Energiespeicher für Zeiten zu nutzen, in denen keine Energie aus Sonne und Wind zur Verfügung steht. Die Städtischen Betriebe Haßfurt und Greenpeace Energy praktizieren dies seit 2016.

Wir hoffen sehr, dass Ihre Ablehnung des 1.000-Dächer-Programmes nicht das Ende Ihrer Bemühungen von Solarstromerzeugung bedeutet. Für mehrheitsfähige Ideen, die den Photovoltaikausbau fördern, sind wir jederzeit offen.

Letztlich sehen wir die Bemühungen im Bereich Klimaschutz, Verkehrswende, aber auch in der

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 23

Öffentlich

Errichtung von bezahlbarem Wohnraum als unzureichend, diese gehören jedoch für uns zu den großen gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben. Daher können wir dem vorgelegten Kreishaushalt 2020 nicht zustimmen. Auch werden wir die Absenkung der Kreisumlage ablehnen.

Wir möchten uns bei Ihnen Herr Landrat und Ihrem Verwaltungsteam, für die offene und zielgerichtete Arbeit bedanken. Vielen Dank auch an alle Kolleginnen und Kollegen Kreisräte für die konstruktive Zusammenarbeit. Ihnen allen wünschen wir besinnliche Weihnachten und einen friedlichen Übergang ins neue Jahr 2020.“

Kreisrätin Wilhelm führt für die **Gruppe Wilhelm/Klinghoffer** aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Sigel,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Anwesende!

Vorab Ihnen Herr Leonhardt herzlichen Glückwunsch zur Wahl und viel Glück im neuen Amt für Sie.

Lukas 12, Vers 24 sagt: 'Wer ist unter Euch, der einen Turm bauen will und setzt sich nicht zuvor hin und überschlägt die Kosten, ob er genug habe, um es zu Ende zu führen'

So steht es in der Bibel!! Daher verweise ich mit Blick auf die Bibel: die Gesamtimmobilienkonzeption der Kreisverwaltung am Standort Waiblingen, im speziellen hier die Finanzierung Röttestrasse ist ein zu Ende gedachtes Projekt. Wir stimmen der Beschlussvorlage zu, damit das Projekt begonnen und zu Ende geführt werden kann.

Grundlagen für die finanzielle Führung von Landkreisen sind, so schreibt es die Landkreisordnung in Verbindung mit der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vor:

Stetige Aufgabenerfüllung

Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit

Beachtung der Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts sowie der Haushaltsausgleich und dem Überschuldungsverbot

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 24

Öffentlich

Mit dem einstimmigen Beschluss im VSKA zu den neuen Finanzierungsleitlinien des Rems-Murr Kreises haben wir unsere Zielsetzungen erneut, für die kommenden Haushaltsjahre gefestigt und uns eine langfristige Konsolidierung des Kreishaushalts zum Ziel gesetzt. Das Drei Stufen Modell zum Umgang mit verbesserten Rechnungsergebnissen zeigt klare Rahmen auf. Wir stimmen der Finanzierungsleitlinie, die zum 1.1.20 in Kraft tritt erhalten sie hiermit.

Der Durchbruch bei den Finanzverhandlungen der kommunalen Spitzenverbände mit dem Land zeigt spürbare Auswirkungen. Verlässliche Lösungen mindern unsere finanziellen Risiken beim BTHG und den Flüchtlingskosten.

Es wird Weihnachten – wir, der Rems-Murr Kreis - werden beschert, denn wir können das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Land auch als Weihnachtsgabe sehen -erfreuliche Ergebnisse liegen als Geschenke unter dem Kreis-Christbaum.

Zum SPD Antrag wir sind der Meinung, dass die Befristung Kosten von Freiwilligkeitsleitungen im Blick behalten werden können. Freiwilligkeitsleistungen sind keine dauerhafte Gabe, sondern eine immerwährende Auseinandersetzung mit Aufgaben und Aufgabenträgern. Das ist unsere Pflicht

Wir stimmen dem Vorschlag der Verwaltung, den Hebesatz auf 32,1 Prozentpunkte festzusetzen zu.

Uns allen wünscht unsere Gruppe Wilhelm/Klinghoffer, Charlotte Klinghoffer und ich gesegnete Feiertage und wir freuen uns auf die Zusammenarbeit in diesem Gremium im neuen Jahr 2020 mit Ihnen!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!“

Kreisrat Bauer begründet den nachstehenden Antrag der SPD-Fraktion. Aufgrund der Wichtigkeit des Themas habe man den Antrag nochmals in den Kreistag eingebracht. Er bezweifle auch, dass



Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 25

Öffentlich

die Notwendigkeit wieder zurückgehe, weshalb entgegen der im Ausschuss beschlossenen Befristung, eine dauerhafte Bezuschussung beantragt werde. Das Projekt laufe schon seit 2010 und benötige daher Planungssicherheit, weil die Beratungszahlen steigen und hohe Ausbildungskosten anfallen würden. Aus eigener beruflicher Erfahrung sei es wichtig, dass ein entsprechendes Hilfsangebot notwendig sei.

Landrat Dr. Sigel erwidert, mit der Eröffnung des Projekts in den Kliniken und Beschlussfassung im Ausschuss am 20.11.2019 sei bewusst ein starkes Signal am Tag der Gewalt gegen Frauen ausgesandt worden. Es gehe nicht darum das Projekt zu streichen, sondern um die Dauerfinanzierung.

Sozialdezernentin Böhm weist ergänzend darauf hin, dass die Landkreisverwaltung das Projekt sehr wichtig finde und dieses ein fester Bestandteil in der Beratungslandschaft im Rems-Murr-Kreis sei. Der Sozialausschuss habe im Jahr 2018 den Auftrag erteilt, ein Konzept mit Pro Familia zu entwickeln, wie die Finanzierung auch längerfristig geregelt werden könne. Diese sei nachweisbar anhand der Kalkulation und vom Ausschuss so bestätigt worden. Auch wenn die finanzielle Lage derzeit gut sei, halte man es für wichtig, wenn im Jahr 2024 nochmals neu hierüber entschieden werden könne.

Kreisrätin Wilhelm erklärt, sie stelle das Projekt nicht in Frage, sondern nur die Entfristung. Das Projekt sei richtig und wichtig, aber der Kreistag müsse sich jährlich mit den Kosten auseinandersetzen. Rückblickend sei man nach 15 Jahren beim Siebenfachen des ursprünglichen Betrags. Deswegen halte es sie für erforderlich die Maßnahmen, die beschlossen würden, im Blick zu behalten.

Kreisrätin Goll spricht sich für den Antrag aus und bittet die praktische Umsetzung zu beachten, da es schwierig sei, in der Sozialarbeit jemand für eine befristete Stelle zu finden. Auch nach ihrer Einschätzung müsse leider von einem dauerhaften Bedarf ausgegangen werden.

Kreisrat Messinger erklärt, in Anbetracht der gesellschaftlichen Entwicklung müsse davon ausgegangen werden, dass die Unterstützung auch in drei Jahren noch geleistet werden müsse. Es gehe um einen Betrag von 32.000 Euro im Kreishaushalt, was ein überschaubarer Betrag für diese Arbeit sei. Für die Träger sei auch wichtig, eine Verlässlichkeit bei ihrer Tätigkeit zu haben.

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 26

Öffentlich

Der Kreistag lehnt den Antrag der SPD-Fraktion mehrheitlich bei 45 Nein-Stimmen, 41 Ja-Stimmen, und 2 Enthaltungen ab:

Gewährung eines jährlichen unbefristeten Zuschusses für das Projekt Flügel- Beratung für Frauen und Kinder bei sexualisierter Gewalt

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen:

2) Den unter Abschnitt 6 (S. 16 ff.) aufgeführten Änderungen seit Einbringung des Haushaltsentwurfs 2020, u.a. durch die Fachausschüsse, wird zugestimmt

Aufgrund der Stellungnahmen der CDU-Fraktion, der Fraktion der Freien Wähler und der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, sich dem Verwaltungsvorschlag zum Kreisumlagehebesatz mit 32,1 %-Punkten anzuschließen, haben sich die jeweiligen Anträge dieser Fraktionen hierzu erledigt.

Die betreffenden Fraktionen signalisieren hierzu ihr Einvernehmen.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 3 Nein-Stimmen:

Der Kreisumlagehebesatz wird mit 32,1 %-Punkten festgesetzt.

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 7 Enthaltungen:

**4) Haushaltssatzung des Rems-Murr-Kreises für das Haushaltsjahr 2020**

Auf Grund der §§ 3, 48 und 49 der Landkreisordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 19.6.1987 (GBl.1987, S.288) zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. Mai 2019 (GBl. 2019 S. 161, 186) in Verbindung mit § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. 2000 S.581, 698) zuletzt geändert durch das Gesetz vom 21. Mai 2019 (GBl. 2019 S. 161, 186) wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 beschlossen:

**§ 1**

Der Haushaltsplan wird festgesetzt:

**1. Im Ergebnishaushalt mit dem**

1.1. Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	512.434.600 Euro
1.2. Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	512.093.500 Euro
<b>1.3. Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von</b>	<b>341.100 Euro</b>
1.4. Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren von	0 Euro
<b>1.5. Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.3 und 1.4) von</b>	<b>341.100 Euro</b>
1.6. Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	1.812.000 Euro
1.7. Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0 Euro
<b>1.8. Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.6 und 1.7) von</b>	<b>1.812.000 Euro</b>
<b>1.9. Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.5 und 1.8) von</b>	<b>2.153.100 Euro</b>

**2. Im Finanzhaushalt mit dem**

2.1. Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	509.390.300 Euro
2.2. Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	493.785.300 Euro
<b>2.3. Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus 2.1 und 2.2) von</b>	<b>15.605.000 Euro</b>
2.4. Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	5.080.000 Euro
2.5. Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	32.831.400 Euro
<b>2.6. Veranschlagter Finanzierungsmittel- bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von</b>	<b>- 27.751.400 Euro</b>
<b>2.7. Veranschlagter Finanzierungsmittel- bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6)</b>	<b>- 12.146.400 Euro</b>
2.8. Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Einzahlungen aus Kreditaufnahmen) von	6.533.600 Euro
2.9. Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Auszahlungen für die Tilgung von Krediten) von	3.388.000 Euro
<b>2.10. Veranschlagter Finanzierungsmittelüber- schuss aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von</b>	<b>3.145.600 Euro</b>
<b>2.11. Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittel- bestandes, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von</b>	<b>- 9.000.800 Euro</b>

### **§ 2 Kreditermächtigung**

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 6.533.600 Euro

### **§ 3 Verpflichtungsermächtigungen**

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten, wird festgesetzt auf 117.834.000 Euro

### **§ 4 Kassenkredite**

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt für die Landkreis-kasse auf 75.000.000 Euro

### **§ 5 Hebesatz**

Der Umlagesatz für die Kreisumlage wird auf 32,1 v.H. der Steuerkraftsummen der Gemeinden des Rems-Murr-Kreises festgesetzt (§ 35 Absatz 1 FAG).

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 30

Öffentlich

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 5 Enthaltungen:

5) Die Finanzplanung wird einschließlich der unter Abschnitt 7. aufgeführten Änderungen (siehe S. 19 f.) wie im Haushaltsplanentwurf beschlossen.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

6) Im Jahr 2020 wird der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für Investitionskredite der Rems-Murr-Kliniken gGmbH am Standort Schorndorf in Höhe von 6.568.000 Euro und am Standort Winnenden mit 2.227.000 Euro zugestimmt.

Landrat Dr. Sigel verweist auf die Drucksache 2019-027/2. Er hoffe, dass man eine tragbare und transparente Lösung für die Finanzierungsleitlinie gefunden habe, auch wenn diese vielleicht nicht für alle Zeiten gelte, falls sich die Rahmenbedingungen ändern sollten.

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 1 Enthaltung:

1. Die Finanzierungsleitlinie des Rems-Murr-Kreises, die die Absichtserklärung zur Kreisumlage vom 16.12.2013 erneuert und den bisherigen Schuldenabbaubeschluss vom 12.12.2011 ersetzt, wird beschlossen.
2. Die Finanzierungsleitlinie wird ab dem Haushaltsjahr 2021 mit dem Rechnungsergebnis 2019 zu Grunde gelegt.

Auszüge:

Amt für Finanzen

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 31

Öffentlich

#### § 4

Feststellung des Jahresabschlusses des Rems-Murr-Kreises 2018 einschließlich Schlussbericht –  
Ergänzung

Drucksache 2019/036/1 und 2019/036

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Der Kreistag lehnt die nachstehende Ziffer I des Beschlussvorschlags bei 45 Nein-Stimmen und 37 Ja-Stimmen ab:

I.  
Die in der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 19.040.226,92 Euro für Investitionen gebundenen Mittel werden **nicht** gemäß § 23 Satz 4 Gemeindehaushaltsverordnung aus den Ergebnismittelrücklagen in das Basiskapital umgebucht.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 21 Nein-Stimmen die Ziffer II des Beschlussvorschlags der Verwaltung:

## II.

1. Der Jahresabschluss des Rems-Murr-Kreises zum 31.12.2018 wird gemäß § 48 der Landkreisordnung in Verbindung mit § 95 der Gemeindeordnung mit den in der Anlage 1 ausgewiesenen Ergebnissen und gebildeten Rückstellungen festgestellt.
2. Das ordentliche Ergebnis in Höhe von 25.692.121,93 Euro wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses sind 19.040.226,92 Euro für Investitionen gebunden und werden gemäß § 23 Satz 4 Gemeindehaushaltsverordnung aus den Ergebnisrücklagen in das Basiskapital umgebucht.
3. Das negative Sonderergebnis in Höhe von 1.381.099,56 Euro wird der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses entnommen.
4. Den unter Abschnitt 3 genannten überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen wird zugestimmt.

5. Die im Rechenschaftsbericht 2018 unter 6.4 (S. 167 f.) dargestellten abgerechneten Hochbaumaßnahmen bei den sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren, beruflichen Schulzentren und Straßenbaumaßnahmen werden anerkannt.
6. Vom Schlussbericht 2018 der Stabsstelle Rechnungsprüfungsamt und Zentrales Controlling (Anlage 2) wird Kenntnis genommen.
7. Der Planvergleich des Jahresabschlusses nach § 51 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) wird ab dem Haushaltsjahr 2018 aus Vereinfachungsgründen nach der Mindestgliederung der §§ 2 - 4 GemHVO aufgestellt.

Auszüge:

Amt für Finanzen

Rechnungsprüfungsamt und zentrales Controlling



Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 33

Öffentlich

**§ 5**

Feststellung der Jahresrechnung der Rems-Murr-Stiftung 2018 einschließlich Schlussbericht  
Drucksache 2019/037

Der Kreistag beschließt einstimmig:

1. Die Jahresrechnung 2018 der Rems-Murr-Stiftung wird gemäß § 48 der Landkreisordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung mit den in der beigefügten Aufstellung (Anlage 1) ausgewiesenen Ergebnissen festgestellt.
2. Vom Schlussbericht 2018 der Stabsstelle Rechnungsprüfungsamt und zentrales Controlling (Anlage 2) wird zur Kenntnis genommen.

Auszüge:

Amt für Finanzen

Stabsstelle Wirtschaftsförderung

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 34

Öffentlich

## § 6

Beschlussfassung über die Planerbeauftragung sowie die Vergabe des Projektmanagements im Rahmen der Gesamtimmobilienkonzeption der Kreisverwaltung am Standort Waiblingen  
Drucksache 2019/015

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

1. Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Kreistag das Architekturbüro Ackermann & Raff GmbH mit der Umsetzung des Wettbewerbsentwurfs zu beauftragen.
2. Der Verwaltungs-, Schul- und Kulturausschuss empfiehlt dem Kreistag die THOST Projektmanagement GmbH mit der Projektmanagementleistung zu beauftragen.

Auszüge:

Amt für Beteiligungen und Immobilien

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 35

Öffentlich

## § 7

### Neue Entgeltordnung im Rahmen der Forstreform und Änderung der Gebührensatzung des Rems-Murr-Kreises

Drucksachen 2019/188/2, 2019/188/1 und 2019/188

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen:

1. Der Kreistag beschließt die Entgeltordnung privatrechtliche Dienstleistungen Forstamt zum 1. Januar 2020, wie in der Anlage 1 dargestellt.
2. Der Kreistag beschließt den Wegfall der lfd. Nr. 17 „Inanspruchnahme der kommunalen Holzverkaufsstelle“ im Gebührenverzeichnis zur Gebührensatzung zum 1. Januar 2020, wie in der Anlage 2 dargestellt.

#### Auszüge:

Forstamt

Amt für Finanzen

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 36

Öffentlich

## § 8

Richtlinie für Geldanlagen des Rems-Murr-Kreises - Ergänzung

Drucksachen 2019/1841 und 2019/184

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

1. Der Richtlinie für Geldanlagen des Rems-Murr-Kreises (Anlage 1) wird zugestimmt.
2. Der Landkreis übernimmt, die sich aus dem Cashpooling mit der AWRM AöR und den Rems-Murr-Kliniken gGmbH ergebende gesamtschuldnerische Haftung.
3. Der Kreistag beschließt die nachstehende Weisung für die Anwendung der Richtlinie für Geldanlagen im Rahmen der unternehmerischen Betätigung des Rems-Murr-Kreises nach der sich der Vertreter des Rems-Murr-Kreises in den Gesellschafterversammlungen derjenigen Unternehmen, an denen er (unmittelbar oder mittelbar) beteiligt ist, zu richten hat (Anlage 2).

Auszüge:

Amt für Finanzen

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 37

Öffentlich

## § 9

Stiftungsverwaltung - Verzicht auf die Erstattung von Verwaltungskosten durch die Rems-Murr-Stiftung und Abschluss eines Geschäftsbesorgungsvertrags

Drucksachen 2019/106

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

1. Auf die Erstattung von Verwaltungskosten durch die Rems-Murr-Stiftung an den Rems-Murr-Kreis wird (bis zum Zeitpunkt des Widerrufs) verzichtet.
2. Zwischen der Rems-Murr-Stiftung und dem Rems-Murr-Kreis wird rückwirkend zum 01.01.2019 ein Geschäftsbesorgungsvertrag abgeschlossen.

Auszüge:

Amt für Finanzen

Stabsstelle Wirtschaftsförderung

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 38

Öffentlich

## § 10

### Änderung in der Besetzung des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Waiblingen Drucksachen 2019/204

Landrat Dr. Sigel verweist auf die der Beratung zu Grunde liegende Drucksache.

Der Kreistag beschließt einstimmig bei 21 Enthaltungen:

Der Kreistag bestellt Kreisrat Ulrich Bußler zum stellvertretenden Mitglied des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Waiblingen, als Nachfolger von Kreisrat Michael Malcher.

### Auszüge:

Amt für Beteiligungen und Immobilien

**§ 11**Verschiedenes

1. Landrat Dr. Sigel erläutert die aktuelle Situation zum Insolvenzverfahren der Firma Knauß. Der Betrieb sei mit einer Notvergabe sichergestellt worden. In der Folge solle jedoch eine ordentliche Vergabe stattfinden. Die Vergabeunterlagen seien seit heute online im Bundesanzeiger aufrufbar. Er bedankt sich insbesondere bei Herrn Erster Landesbeamter Dr. Zaar für dessen Bemühungen, das Busbetrieb ohne Ausfälle aufrechterhalten wurde.
2. Landrat Dr. Sigel verweist auf die drei Großereignisse im Jahr 2019, die Remstalgartenschau, das Naturparkjubiläum und die Heimattage Winnenden, die der Landkreis vielfältig begleitet habe. Aus dem umfangreichen Bildmaterial sei ein Imagefilm über den Kreis erstellt worden, dessen Entwurfsfassung im Anschluss vorgestellt werde.
3. Der 2. stellvertretende Vorsitzende des Kreistags, Kreisrat Ulrich, bilanziert rückblickend das vergangene Jahr. Er plädiert für einen fairen und sachlichen Umgang miteinander im Kreistag. Herr Ulrich bedankt sich außerdem für die gute Zusammenarbeit mit Herrn Dr. Sigel und der Verwaltung.

Auszüge:

Amt für ÖPNV

Niederschrift **Sitzung des Kreistags** am 16.12.2019

Seite 40

Öffentlich

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der/Die Schriftführer/in:

gez.

gez.

Dr. Richard Sigel

Thomas Hasert